

Beeindruckender Protest gegen die G20-Inszenierung in Hamburg



Foto: Lidija Delovska

Unser Einsatz unter dem Motto „Global gerecht statt G20“ hat sich gelohnt. Wir waren als Attac maßgeblich beim Aktionsdreiklang im Rahmen der G20-Plattform beteiligt. Unzählige Menschen aus dem In- und Ausland haben gezeigt, dass sie sich durch Versammlungsverbote, mediales Trommelfeuer und polizeiliche Übergriffe, aber auch durch unverantwortliche Aktionen Weniger nicht daran hindern lassen, für unsere Ideen einzutreten:

Bereits auf dem alternativen „Gipfel für globale Solidarität“ am 5. und 6. Juli haben sich 2.000 Menschen aller Altersgruppen versammelt, doppelt soviel wie erwartet. Das ist ein klares Zeichen dafür, wie drängend die Suche nach Alternativen und Lösungen ist. Kritik an den Zuständen vertiefen, Alternativen für ein „Gutes Leben für Alle“ austauschen, Strategien zur Umsetzung beraten und sich vernetzen war das Ziel des Gipfels. Elf Podien und 75 Workshops waren allesamt gut besucht, es

wurde lebhaft diskutiert, und wir hatten eine breite Berichterstattung in den Medien.

Am Aktionstag unter dem Motto „Colour the red Zone – die rote Zone bunt machen“ während des offiziellen Gipfels am 7. Juli haben mindestens 5.000 AktivistInnen am Vormittag die Protokollstrecken der offiziellen Delegationen des G20-Gipfels blockiert. Ziel der Aktion war, Sand ins Getriebe des Gipfelablaufs zu streuen. Einige Delegationen mussten umkehren und konnten den Gipfelort nur über Umwege erreichen. Mittags haben Attac-AktivistInnen die Schaufenster einer Deutschen Bank-Filiale bemalt und damit an „Pay your Taxes“ erinnert. Es gab Aktionen zu „Wachstumswahn“ und „Freihandel als Fluchtursache“ sowie einen Umzug „Neoliberalismus ins Museum“. Am Nachmittag haben viele Attacies beim Versuch, die Elbphilharmonie als Ort des G20-Abendspektakels zu umzingeln, mit einem „orangen Block“

Inhalt

Interview

WTO-Konferenz in Argentinien – 2 –
G20-Gipfel in Hamburg

Ergebnisse – 3 –

Einschätzung von NGOs und Medien – 4 –
Erklärung von LadenbesitzerInnen – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Portrait

Freigeist in Aktion – 8 –

Aktiv

Aktionstage für Kohleausstieg – 9 –

CETA in den Wahlkampf – 10 –

Gemeinnützigkeit von Attac – 10 –

Kiosk

Basistext Freihandel – 11 –

kreativ und gut gelaunt ihren Protest auf die Straße gebracht.

Am Samstag, 8. Juli haben auf der internationalen Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ 76.000 Menschen der G20-Inszenierung sichtbar ein „No G20“ entgegengesetzt: AktivistInnen aus Gewerkschaften, Umwelt-, Friedens-, Antirassismus- und Flüchtlingsbewegungen haben zusammen mit radikalen und gemäßigten Linken gezeigt, dass wir uns das Demonstrationsrecht nicht nehmen lassen – laut, bunt und entschlossen. Diese Demonstration war die angemessene Antwort auf die sinnlose Zerstörung und die erschreckende Polizeigewalt der vergangenen Nacht. Wir freuen uns, dass so viele Menschen unserem Aufruf gefolgt sind.

Achim Heier, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/g20

„Wir rechnen mit großen Protesten“

Attac Argentinien mobilisiert gegen die nächste WTO-Konferenz in Buenos Aires

Vom 11. bis 14. Dezember 2017 wird in Buenos Aires die 11. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) stattfinden. Die weitere umfassende Liberalisierung des Welthandels im Zuge der seit 2001 laufenden Doha-Verhandlungsrunde ist zwar seit spätestens 2005 blockiert: Seit der Ministerkonferenz in Bali im Jahr 2013 versuchen aber insbesondere die USA und die EU durch kleinere Verhandlungspakete ihre Deregulierungsagenda zugunsten transnationaler Konzerne durchzusetzen. Bettina Müller von Attac Argentinien berichtet im Interview mit Alexis J. Passadakis (Attac D) über geplante Bildungskampagnen, Aktionswoche und Demonstration gegen die Politik der WTO.

Welche Rolle spielt Attac Argentinien bei der Mobilisierung zur WTO-Ministerkonferenz?

In der Vorbereitung der Proteste gegen die WTO sind wir eine der Impulsgeberinnen. Attac Argentinien selbst ist eine eher kleine, aber sehr gut vernetzte Gruppierung, ein Netzwerk von etwa 50 Personen. Wir sind unter anderen in den Bewegungen des ALBA, dem Bündnis zur Untersuchung und Suspendierung der argentinischen Schulden und dem Bündnis „Argentinien besser ohne Freihandelsabkommen“ vertreten. Zudem unterhalten wir enge Beziehungen zum linken Gewerkschaftsdachverband CTA Autónoma.

Wer in Argentinien mobilisiert und welche Aktionen sind geplant?

Das Bündnis, das die Proteste gegen die WTO organisiert, besteht aus sozialen, gewerkschaftlichen, politischen, territorialen, studentischen, Menschenrechts-, Frauen-, Bauern- und antiextraktivistischen Organisationen und Netzwerken. In den nächsten fünf Monaten bis zur Konferenz haben wir uns vorgenommen, eine Bildungskampagne durchzuführen, um die negativen Konsequenzen des Freihandels in der argentinischen Bevölkerung bekannter zu machen. Zudem planen wir eine Aktionswoche, vom 10. bis 13. Dezember in Buenos Aires, wobei wir diese wahrscheinlich bereits am 9. Dezember mit einem Festival und einem „Markt der anderen möglichen Welten“ einleiten werden. Während dieser Aktionswoche wollen wir einen „Gipfel der Gemeinschaften“ ausrichten, um uns mit all jenen Menschen zu treffen und auszutauschen,

die sich nicht nur mit der Kritik am bestehenden System, sondern auch mit Alternativen zu diesem beschäftigen. Natürlich ist auch eine große und bunte Demonstration geplant.

Wie positioniert sich das Bündnis zur WTO?

Das Bündnis lehnt die WTO als solche ab, da wir mit deren Agenda und ideologischer Ausrichtung nicht einverstanden sind. Wir glauben, dass die aktuellen Probleme wie Klimawandel und Zerstörung der Umwelt, wachsende Armut und Arbeitslosigkeit, vor allem in den Ländern des globalen Südens, sowie die immer größer werdende Schere zwischen arm und reich nicht durch weniger Regulierung und die weitere Öffnung der Märkte gelöst werden kann. In diesem Jahr steht das Thema elektronischer Handel – „E-commerce“ – ganz weit oben auf der Agenda der WTO. Es ist eindeutig, dass dieser nicht etwa zu mehr Entwicklung und besserer Arbeit in unseren Ländern führen, sondern genau das Gegenteil bewirken wird.

Spielt das Thema Freihandel derzeit eine Rolle in der argentinischen Öffentlichkeit?

Ja, allerdings stehen dabei weniger die WTO im Fokus als vielmehr die vielen Freihandelsabkommen, die die Regierung zurzeit im Rahmen des Mercosur aushandelt. Eines der wichtigsten und am weitesten vorangeschrittenen ist das EU-Mercosur-Abkommen, das sogar auf der WTO-Konferenz unterzeichnet werden soll! Allerdings, wie auch auf WTO-Ebene, ist dort das Thema Landwirtschaft nach wie vor ein Streitpunkt.

Wie ist aktuell die Dynamik der sozialen Bewegungen in Argentinien?

Die sozialen Bewegungen in Argentinien sind derzeit sehr aktiv, allerdings richten sich ihre Aktionen hauptsächlich gegen die massiven Sparmaßnahmen der neoliberalen Regierung von Präsident Mauricio Macri. Es finden regelmäßig Demonstrationen und Kundgebungen sowie vor allem Streiks statt. Da die Regierung jedoch so offensichtlich und schnell bei Freihandelsabkommen und der Erfüllung aller Forderungen ausländischer Investoren voranschreitet, sind viele Organisationen inzwischen empfänglicher für Aktionen gegen die WTO. Wir rechnen daher mit großen Protesten!

WTO-Ministerkonferenz im Dezember:

Worum geht's?



Weil die allgemeinen Verhandlungen zur Liberalisierung und Deregulierung bei Zöllen, Landwirtschaft und Dienstleistungen faktisch blockiert sind, versuchen plötzlich einige Regierungen, auch unter dem Druck von Konzern-Lobbyorganisationen, die Zuständigkeit der WTO auf neue Sektoren auszuweiten: „E-commerce“ lautet das Schlagwort, unter dem in Buenos Aires im Interesse einer der dominantesten Unternehmensfraktionen der Weltwirtschaft, der Internet- und Logistik-Branche (Amazon, Facebook, Alphabet etc.), aber auch von Banken, ein neues Verhandlungsmandat durchgesetzt werden soll. Die entscheidenden Wirtschaftssektoren des 21. Jahrhunderts sollen somit radikal dem Freihandelsparadigma unterworfen werden. Zudem könnte es zu einem Vertrag zu Fischereisubventionen kommen. Die Gefahr: Kleine Fischer könnten als Verlierer dastehen, industrielle Fangflotten würden bevorzugt.

Neoliberales Weiter-so

Die Ergebnisse des G20-Gipfels bringen keine Lösungen für die globalen Probleme

Die Abschlusserklärung des Hamburger G20-Gipfels steht für ein Weiter-so des neoliberalen Globalisierungsmodells. Mehr Freihandel, private Infrastrukturinvestitionen, private Investitionen statt öffentlicher Entwicklungsfinanzierung, keine Entwaffnung des Finanzsektors. In der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurden Beschlüsse zur Gesundheitspolitik, Ernährungssicherung und Wasserbewirtschaftung, die, wenn sie umgesetzt werden, die Zahl der Opfer einer seit Jahrzehnten völlig falschen Politik in diesen Themenfeldern in die Höhe treiben werden.

Insgesamt sind die Ergebnisse für eine derartig aufwendige Show dürftig bis blamabel. Das Strukturproblem solcher Gremien wurde in diesem Jahr besonders deutlich. Die G20 hat ihren Daseinsgrund darin, dass dort die gemeinsamen Bedingungen und Regelungen des globalen Kapitalismus ausgehandelt werden. Als einzelne Länder aber stehen die Mitglieder in Konkurrenz um das größte Stück vom Kuchen. Da die Weltwirtschaft nur noch mäßig wächst, verschärfen sich die Widersprüche.

So gesehen ist ein Weiter-so des neoliberalen Globalisierungsmodells aus der Binnensicht vielleicht sogar ein Erfolg, bedeutet es doch, dass es bei ökonomischen Kernfragen keinen offenen Bruch zwischen „klassischen“ Neoliberalen à la Angela Merkel und der national-neoliberalen Fraktion à la Donald Trump gab. Im handelspolitischen Konflikt zwischen Freihandelsorientierung und protektionistischen Maßnahmen – insbesondere im Stahlsektor – hat man sich vorerst auf ein Stillhalteabkommen geeinigt. Konkret wurde die Frage der Stahlexporte bis zum Herbst an die OECD delegiert.

Viele dieser Konflikte können aber jederzeit wieder aufbrechen. Einer der zentralsten Punkte, die Exportüberschussstrategie der Bundesrepublik und Chinas Exportweltmeisterposition, wurde gar nicht erst angepackt. Dabei ist es dieser Bereich, der in Trumps handelspolitischen Aussagen immer im Mittelpunkt steht. Was er „unfair“ nennt, hat hier seinen Kern. Wenn er China angreift, dann meint er immer auch Deutschland. Dessen Exporte haben sich – nicht zuletzt wegen des Abwürgens vieler Ökonomien der Eurozone durch das unsägliche Krisenmanagement der Europäischen Union – immer stärker in Länder außerhalb der EU verschoben. Viele Schwellenländer sind selbst mehr oder weniger in der Krise, und die USA wollen die Rolle des Käufers



Foto: Stephanie Handtmann

der letzten Instanz nicht mehr spielen. Damit gerät das deutsche Exportmodell unter Druck, und zwar umso mehr, als es ja auch der gesamten EU oder zumindest der Eurozone übergestülpt werden soll.

Ein eigenständiges national-neoliberales politisches Projekt artikuliert sich zwar auf globaler Ebene durchaus, ist in der G20 aber gerade noch nicht aktuell. Noch beschränkt sich Trump darauf zu drohen und eigene Möglichkeiten anzudeuten. Die Initiative für die stärkere Nutzung fossiler Energien muss in diese Richtung verstanden werden. Wird sie real angepackt, wird sie schwerwiegende ökologische Folgen haben, unabhängig davon, ob sie ökonomisch trägt. Das ist nicht anzunehmen.

Andererseits steckt das neoliberale Projekt in einer Hegemoniekrise, denn die Konflikte nehmen zu, und es ist nicht mehr eindeutig an einen staatlichen Hegemon, die USA, geknüpft. Die USA haben keine „Führungsrolle“ mehr, nicht einmal immer innerhalb des „Westens“, viel weniger global. Russland agiert auch militärisch selbstständig, China macht ebenfalls tastende Schritte, der Iran ist nicht zu isolieren. In mehreren Kriegen stehen G20-Staaten einander auf verschiedenen Seiten feindlich gegenüber. Das neoliberale Globalisierungsprojekt zeigt deutliche Risse, die aber eher von rechts als emanzipatorisch genutzt werden.

Auf der diplomatischen Ebene der Gipfelregie hat das Kanzleramt allerdings durchaus geschickt agiert und kann das Ergebnis als relativen Erfolg verbuchen. Es wurde nicht nur ein offener Konflikt um Freihandel vermieden, sondern mit der propagandistisch geschickten Platzierung des neuen Freihandelsabkommens mit Japan JEFTA im Vorfeld des Gipfels ein neuer Schritt in die falsche Richtung angekündigt. Und es gelang, die US-Regierung in der Klimafrage zu isolieren und das Paris-Abkommen zu bestätigen. Auch die Ankündigung Erdogans, das Abkommen nun doch nicht unmittelbar zu ratifizieren, dürfte kaum einen Austritt aus dem Prozess bedeuten, sondern zielt darauf ab, günstigere Bedingungen für die Türkei auszuhandeln. Die Türkei will diesbezüglich als „Entwicklungsland“ eingestuft werden, was ihr größere Wachstums- und Emissionsraten erlauben würde. Auch hier gehen die G20-Kompromisse direkt zulasten der Umwelt.

Eine Bearbeitung der multiplen Krise in eine effektive und emanzipatorische Richtung ist daher nur durch eine neue Dynamik und den Druck sozialer Bewegungen zu erreichen.

Werner Rätz und **Alexis J. Passadakis**, Projektgruppe G20 von Attac

www.attac.de/g20

Nachgefragt

Einschätzungen von NGOs und Medien zu den Ausschreitungen während der Proteste

Mit insgesamt 43 DemonstrationsbeobachterInnen hat das Komitee für Grundrechte und Demokratie viele Versammlungen in der Zeit vom 2. bis 8. Juli 2017 in Hamburg begleitet. Wir haben beobachtet, in welchem Maße die Polizei in diesen Tagen die Macht über das Geschehen in der Stadt übernommen hat. Sie hat eskaliert, Bürger- und Menschenrechte ignoriert, sie informierte die Öffentlichkeit falsch und ging mit großer Gewalt gegen die Menschen vor.

Nicht nur wurden die Grund- und Menschenrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit durch die Allgemeinverfügung außer Kraft gesetzt. Die Polizei hat, gedeckt von der Hamburgischen Regierung und vermutlich auch im Sinne der Interessen der/des Innenminister/-senators und der Sicherheitsbehörden den Ausnahmezustand geprobt.



Die Versammlungsfreiheit als Grund- und Menschenrecht galt in Hamburg nicht. Während der G20-Proteste in Hamburg ging die Polizei immer wieder mit massiver polizeilicher Gewalt gegen friedlich Demonstrierende vor, insbesondere mit Wasserwerfern und Pfefferspray. Erschreckend sind die vielen Übergriffe auf die Gruppen, die den Protest funktional unterstützen, insbesondere die RechtsanwältInnen, die Demonstrations-SanitäterInnen und die JournalistInnen.

Ende März 2017 ermahnte die Bundesregierung die Sicherheitsbehörden in Russland und Weißrussland, die Menschenrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu achten. Recht hatten sie! Dieses Menschenrecht muss jedoch auch in Deutschland gelten, auch dann, wenn ein G20-Gipfel stattfindet.

www.grundrechtekomitee.de/node/873

Elke Steven, Grundrechtekomitee

Die taz hat den G20-Gipfel mit täglichen Sonderseiten, Liveblog und eigenen Videos begleitet. Das Team aus RedakteurInnen unterschiedlicher Ressorts war nicht nur viel auf der Straße unterwegs, durch die Lage der Redaktionsräume zwischen St. Pauli und Schanzenviertel waren wir auch beim Schreiben nah am Geschehen. Die Stimmung in Hamburg war angespannt, und das bekamen auch viele Journalisten im Umgang mit der Polizei immer wieder zu spüren. Mir drohte ein Beamter, er könne mir den Presseausweis „entziehen“, zuvor hatte er mir nicht glauben wollen, dass ich Journalistin bin, weil ich – als Zeitungsredakteurin – keine Kamera dabei hatte. Eine solche Szene ist unangenehm, lässt sich aber noch als absurder Ausrutscher verbuchen. Andere KollegInnen können aber davon berichten, von der Polizei tätlich angegangen worden zu sein. Neben diesen individuellen Erlebnissen geben



beim Blick auf die Pressefreiheit in Hamburg noch weitere Dinge zu denken: Die wiederholte Forderung, Pressevertreter sollten sich bei schwierigen Polizeieinsätzen wie dem im Schanzenviertel zurückziehen und insbesondere das Filmen und Fotografieren einstellen. Oder der Umgang des Bundespresseamts mit den 32 Journalisten, denen die Akkreditierung für den Gipfel nachträglich entzogen wurde – vor Ort wurde dabei massiv gegen Datenschutzregeln verstoßen – und die bis heute auf eine Begründung warten. Und auch die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei im Nachgang des Gipfels, etwa in Bezug auf die Verletztenzahlen, in der wichtige Informationen tagelang zurückgehalten werden. Gerade in Ausnahmesituationen wie dieser braucht es eine vielstimmige, kritische und freie Presse. Angriffen auf diese sollte entschieden begegnet werden.

Malene Gürgen, Redakteurin taz.die tageszeitung

Was wir in der Protestwoche auch auf Twitter, aber vor allem auf Facebook erlebt haben, war für uns neu und überraschend. Wir hatten nicht damit gerechnet, dass die Menschen angesichts der Bilder von brennenden Autos ausgerechnet unsere Facebook-Seite aufsuchen würden, um ihren Frust abzulassen. Obwohl wir deutlich formuliert haben, dass von unseren Aktionen keine Gewalt ausging, obwohl wir deutlich formuliert haben, dass wir diese sinnlosen Zerstörungen ablehnen. Die teilweise ausgesprochen aggressiven Beiträge fokussierten auf zwei Botschaften:

1. „Wenn Attac in Hamburg protestiert, ist Attac auch für alles andere, was während der Protestwoche passiert, mitverantwortlich.“ Konsequenz zu Ende gedacht würde das bedeuten, dass Attac auf alle Proteste verzichtet, wenn wir nicht ausschließen können, dass



Foto: Boris Schöppler

es in zeitlicher und räumlicher Nähe zu Ausschreitungen kommt – diesem Argument zu folgen würde bedeuten, Protest schlicht zu lassen.

2. „Wenn es zu Ausschreitungen kommt, spielt es keine Rolle, ob Grundrechte verletzt werden und Polizeieinsätze unverhältnismäßig und/oder rechtswidrig sind. Wer auf diese Vorfälle dann noch hinweist, entschuldigt die Ausschreitungen.“ Dieses autoritaristische Argument hat uns erschreckt, gerade zu einem Zeitpunkt, zu dem Demokratie an so vielen Stellen der Welt unter Druck gerät.

Der Hass und die Wut im Netz haben sich inzwischen etwas gelegt; mitgenommen haben wir den Auftrag, Sinn und Notwendigkeit demokratischer Verhältnisse noch viel häufiger zu thematisieren – weil Grundrechte nicht verhandelbar sind.

Jule Axmann, Attac-Öffentlichkeitsarbeit

Erklärung von LadenbesitzerInnen im Schanzenviertel

Wir, einige Geschäfts- und Gewerbetreibende des Schanzenviertels, sehen uns genötigt, in Anbetracht der Berichterstattung und des öffentlichen Diskurses unsere Sicht [...] zu schildern. [...]

Zum Höhepunkt dieser Auseinandersetzung soll in der Nacht von Freitag und Samstag ein „Schwarzer Block“ in unserem Stadtteil gewütet haben. Dies können wir aus eigener Beobachtung nicht bestätigen, [...] Der weit größere Teil waren erlebnishungrige Jugendliche sowie Voyeure und Partyvolk, denen wir eher auf dem Schlagermove, beim Fußballspiel oder Bushido-Konzert über den Weg laufen würden als auf einer linksradikalen Demo. Es waren betrunkene junge Männer, die wir auf dem Baugerüst sahen, die mit Flaschen warfen – hierbei von einem geplanten „Hinterhalt“ und Bedrohung für Leib und Leben der Beamten zu sprechen, ist für uns nicht nachvollziehbar. Es war eher die Mischung aus Wut auf die Polizei, Enthemmung durch Alkohol, der Frust über die eigene Existenz und die Gier nach Spektakel [...], die sich hier Bahn brach. [...]

Wir haben [...] an dem Tag viele Situationen gesehen, in denen offenbar gut organisierte, schwarz gekleidete Vermummte teilweise gemeinsam mit Anwohnern eingeschritten sind, um andere davon abzuhalten, kleine, inhabergeführte Läden anzugehen. Die anderen Vermummten die Eisenstangen aus der Hand nahmen, die Nachbarn halfen, ihre Fahrräder in Sicherheit zu bringen und sinnlosen Flaschenbewurf entschieden unterbanden. [...]

Wir leben und arbeiten hier, bekommen seit vielen Wochen mit, wie das „Schaufenster moderner Polizeiarbeit“ ein Klima der Ohnmacht, Angst und daraus resultierender Wut erzeugt. Dass diese [...] Wut sich am Wochenende nun wahllos, blind und stumpf auf diese Art und Weise artikuliert, bedauern wir sehr. [...] Dennoch sehen wir den Ursprung dieser Wut in der verfehlten Politik des Rot-Grünen Senats, der sich nach Außen im Blitzlichtgewitter der internationalen Presse sonnen möchte, nach Innen aber vollkommen weggetaucht ist und einer hochmilitarisierten Polizei das komplette Management dieses Großereignisses auf allen Ebenen überlassen hat. [...] Anstatt weiter an der Hysterieschraube zu drehen, sollte jetzt Besonnenheit und Reflexion Einzug in die Diskussion halten.

Quelle: <https://www.facebook.com/Cantina-PopularHamburgo/posts/2009834439251557>



„Freihandel als Fluchtursache“, Foto: attac.de



„Pay your Taxes“, Filiale der Deutschen Bank, Fotos: Stephanie Handtmann



Räumung einer Sitzblockade für Camps, Foto: Stephanie Handtmann



„Deutsche Bank raus aus Steueroasen“, Foto: Stephanie Handtmann



G20-Alternativgipfel, Foto: Pay Numrich

Rückblick

24. April 2017

Protest vor dem Finanzausschuss: 150.000 Unterschriften überreicht

Aktive aus Attac, dem Netzwerk Steuergerechtigkeit, dem Tax Justice Network und WEED protestieren vor dem Bundestag gegen den Entwurf des „Transparenzregisters“ der Bundesregierung.

27. April 2017

Rote Linie für Kohleindustrie und RWE

Attac-AktivistInnen machen bei der Hauptversammlung von RWE auf das Geschäftsmodell des Konzerns aufmerksam, der Energie aus Kohle gewinnt. In Form einer Menschenkette, mit roten Karten und Transparenten in den Händen, ziehen die Aktiven vor der Halle eine rote Linie, die RWE nicht überschreiten darf.

30. April 2017

Konferenz

„Kommunen und Freihandel“

Handelsabkommen wie CETA, TiSA und TTIP beschneiden den demokratischen Gestaltungsspielraum der Städte und Gemeinden. Zu diesem Schluss kommen mehr als 150 BesucherInnen der Konferenz „Kommunen und Freihandel“ in Nürnberg. Eingeladen hat ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis, dem außer Attac unter anderen Verdi und der BUND angehören.

10. Mai 2017

Ablehnung der Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA war rechtswidrig

Ohrfeige für die EU-Kommission: Das Gericht der Europäischen Union gibt der Klage hunderter europäischer Organisationen gegen die Nicht-Zulassung der Europäischen Bürgerinitiative gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA statt.

11. Mai 2017

Attac kritisiert deutsche Exportüberschussstrategie

Anlässlich des G7-Finanzministertreffens im italienischen Bari kritisiert Attac scharf die Weigerung der Bundesregierung, eine Abkehr von der Exportüberschuss-Strategie einzuleiten. Notwendig ist eine Politik für gerechten Welthandel jenseits von aggressiver Exportorientierung und neoliberalen Freihandel.

16. Mai 2017

Volksinitiative gegen CETA reicht 25.612 Unterschriften ein

Das Bündnis „Schleswig-Holstein stoppt CETA“ reicht eine Unterschriftenliste beim Kieler Landtag ein und übertrifft deutlich die gesetzlich erforderlichen 20.000 Unterschriften. Das Bündnis appelliert an den Landtag, sich für eine Ablehnung des Handelsabkommens CETA im Bundesrat einzusetzen.

17. Mai 2017

Richter bekräftigen Gemeinnützigkeit von Attac

Die Richter am Hessischen Finanzgericht in Kassel bekräftigen in der schriftlichen Urteilsbegründung erneut die Gemeinnützigkeit von Attac. Dennoch hat das Frankfurter Finanzamt beim Bundesfinanzhof Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision eingelegt. Somit ist das Urteil vom November 2016 nach wie vor nicht rechtskräftig.

18. Mai 2017

Schäuble-Ministerium behindert Gemeinnützigkeit von Attac

Die Oberfinanzdirektion Frankfurt bestätigt Medienberichte, nach denen das Bundesfinanzministerium das Frankfurter Finanzamt angewiesen hat, den Rechtsstreit um die Gemeinnützigkeit von Attac weiterzuführen.

18. Mai 2017

Kulturwandel geht anders: Deutsche Bank raus aus Steueroasen!

Mit einer Aktion bei der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt fordern AktivistInnen von Attac die AktionärInnen auf, die Geschäfte der Deutschen Bank in Steueroasen zu stoppen.

23. Mai 2017

Paris verzögert Entscheidung zur Finanztransaktionssteuer

Die geplante Entscheidung über die Finanztransaktionssteuer bei der EU-Finanzministertagung ist auf Wunsch des französischen Finanzministers, Bruno LeMaire, verschoben worden. Zur Begründung gab er an, er müsse sich erst mit der Materie vertraut machen.

25. Mai 2017

Gerechter Welthandel statt Standortkonkurrenz

Anlässlich des G7-Gipfels im sizilianischen Taormina kritisiert Attac die handelspolitische Agenda der G7 scharf. Statt einer Verschärfung der globalen Standortkonkurrenz durch Freihandel oder nationalistische Handelspolitik fordert Attac eine gerechte Welt-handelsordnung.

24. bis 28. Mai 2017

Aktionsakademie in Hamburg

Etwa 150 Attac-Aktive und andere Interessierte üben auf der Aktionsakademie kreative Protestformen. Das Programm reicht von Adbusting über Straßentheater, Rebel-Clowning, Tanzdemos und einer Jurasprechstunde bis hin zu einem Kletterkurs und einem Aktions-training.

27. Mai 2017

G20-Protest in Hamburg: „Global gerecht! Sozial und ökologisch statt G20“

Mit verschiedenen zuvor erlernten, kreativen Aktionen geben die TeilnehmerInnen der



„Colour the Red Zone“, Foto: Stephanie Handtmann



„Grenzenlose Solidarität statt G20“, Foto: Lidija Delovska

Attac-Aktionsakademie in Hamburg einen Vorgeschmack auf die Proteste gegen den G20-Gipfel im Juli. „Global gerecht! Sozial und ökologisch statt G20“ lautet das Motto der Demonstration.

8. Juni 2017

Fachkonferenz von Attac und Bündnispartnern kritisiert Handelsabkommen

Die negativen Folgen der sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, welche die EU mit regionalen Zusammenschlüssen in Afrika abschließt, müssen dringend korrigiert werden, so die Forderung der Fachkonferenz „Die Chance ergreifen: EU-Afrika-Handelsbeziehungen neu gestalten“, die Attac gemeinsam mit Brot für die Welt, Germanwatch, Kasa und Misereor veranstaltet.

12. Juni 2017

G20-Alternativgipfel kritisiert „Compact with Africa“

Die Pläne der Bundesregierung in Afrika, im Rahmen des „Compact with Africa“ Infrastrukturprojekte für privates Kapital zu öffnen und Investoren Risiken abzunehmen, werden von den ReferentInnen des Gipfels für globale Solidarität kritisiert.

29. Juni bis 3. Juli 2017

Speaker's Tour „Mexiko im Schraubstock des Freihandels“

Eine Veranstaltungstour mit der Globalisierungskritikerin Maria Atilano aus Chiapas informiert über die Folgen des Freihandels in Mexiko. Auf Einladung von Attac und der Rosa-Luxemburg-Stiftung finden Vorträge in Aachen, Mainz, München, Berlin und Bremen statt.

4. Juli 2017

AktivistInnen retten Weltkugel aus Würgegriff der G20: Wachstumswahn zerstört Lebensgrundlagen

Bei einer symbolischen Aktion befreien Attac-Aktive die Welt aus dem Würgegriff der G20.

Die Hauptkritikpunkte an der Politik der G20 sind die vollkommen unzureichende Regulierung des Finanzsektors, eine an den Interessen der Erdöl-, Kohle- und Automobilindustrie ausgerichtete Klimapolitik sowie das Festhalten an ungerechten globalen Handelsregeln zulasten der Schwachen.

5. und 6. Juli 2017

G20-Alternativgipfel zeigt großes Bedürfnis nach global gerechten Lösungen

Attac beteiligt sich mit zahlreichen Workshops und Podiumsdiskussionen am G20-Alternativgipfel, den es gemeinsam mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Hamburg ausrichtet. Insgesamt nehmen über 2000 Menschen an den Veranstaltungen teil. Attac stellt Diskussionen über Freihandel, Klimawandel, Fluchtursachen, Geschlechtergerechtigkeit und Steuervermeidung in den Mittelpunkt.

7. Juli 2017

Aktionstag „Colour the Red Zone“ streut Sand ins G20-Getriebe

5000 AktivistInnen blockieren die Protokollstrecke der offiziellen Delegationen des G20-Gipfels in Hamburg. Aufgerufen zu den Aktionen massenhaften zivilen Ungehorsams hat ein breites Bündnis unter dem Motto „Block G20 – Colour the Red Zone“. Attac beteiligt sich an den Blockaden und trägt mit vier kreativen Aktionen zu den Themen Fluchtursachen, Wachstumskritik, Neoliberalismus und Steuertricks seine Kritik in die Öffentlichkeit.

8. Juli 2017

Großdemonstration in Hamburg für globale Gerechtigkeit und grenzenlose Solidarität

76.000 Menschen ziehen unter dem Motto „Grenzenlose Solidarität statt G20“ in einem lauten, bunten und vielfältigen Demonstrationzug durch Hamburg. Aufgerufen hatte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis.

Ausblick

24. bis 29. August 2017

Aktionstage gegen Braunkohle im Rheinland

Den Kohleausstieg selbst in die Hand nehmen: Darum geht es bei den Aktionstagen im rheinischen Braunkohlerevier – zusammen mit lokalen Initiativen, Umweltverbänden, Klimacamps und KlimaaktivistInnen aus ganz Europa.

www.ende-gelaende.org

23. bis 27. August 2017

Europäische Attac-Sommeruniversität in Toulouse

Die vierte Europäische Sommeruniversität von Attac lockt in den Süden Frankreichs. Für fünf Tage kommen Menschen aus den sozialen Bewegungen Europas und anderer Teile der Welt in Toulouse zusammen, um von- und miteinander zu lernen.

www.attac.de/esu2017

9. September 2017

CETA-Aktionstag zur Bundestagswahl

Attac, Greenpeace, Umweltinstitut München und weitere Organisationen rufen zum bundesweiten CETA-Aktionstag auf. Gerechter Welthandel muss Wahlkampfthema ein!

20. bis 22. Oktober 2017

Herbstratschlag in Frankfurt

Der nächste Ratschlag findet in der Waldorfschule in Frankfurt am Main statt.

4. November 2017

Demonstration „Klima schützen – Kohle stoppen!“

Anlässlich der Weltklimakonferenz in Bonn demonstrieren zahlreiche Menschen gegen Kohlekraft und für eine weltweit gerechte Klimapolitik.

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Menschen in Attac

Freigeist in Aktion

Christian Blank, 41 Jahre alt, Aktivist aus Baden-Württemberg, ist noch gar nicht so lange dabei. Er ist seit vier Jahren ehrenamtlich bei Attac Stuttgart aktiv und seit einem knappen Jahr Mitglied im 15-köpfigen Koordinierungskreis von Attac Deutschland.

Christian, wie bist Du zu Attac gekommen? Gab es für Dich ein Schlüsselerlebnis, das Dich zu politischem Engagement aktiviert hat?

Ich kam zu Attac wie die Jungfrau zum Kind. Ich wollte zu einem Vortrag ins Stuttgarter Kulturzentrum Forum 3, sah dort ein Schild „Attac-Plenum“ an einer Tür und nachdem mich Attac schon lange mit globalisierungskritischen News versorgt hatte, nutzte ich die Gunst der Stunde und schaute mal rein. Es ging um spannende Themen, um Austerität, Bankenrettung und Griechenland. Nun bin ich seit vier Jahren als Sprecher der Regionalgruppe unterwegs und mittlerweile bewege ich mich tatsächlich weniger vor Ort als vielmehr im bundesweiten Kontext.

Schlüsselerlebnisse hab ich so viele wie Quarz am Strand – ist nicht das ganze Leben ein einziges Schlüsselerlebnis? Vielleicht so: Ich komme ursprünglich aus der Anarchoszene, bin in Bayern groß geworden, dort hat mich der Kontakt mit Staatsgewalt meine ganze Jugend über begleitet. In einem Ort wie dem erzkonservativen katholischen Bischofssitz Würzburg reicht es ja schon, wenn man bunte Haare hat und ein Freigeist ist, um immer wieder ins Visier zu geraten. Wir haben dort Solidarität gelebt, ohne uns in politischen Debatten und Theorien zu verstricken. Die Art der Arbeit, die ich jetzt bei Attac mache, ist in meinen Augen eine logische Fortsetzung.

Für mich war immer klar: Geld regiert die Welt! Wenn man in der Globalisierungskritik wirklich was bewegen will, muss man sich in das Finanzthema einklinken, und das tut Attac. Genauso wie übrigens in die Auseinandersetzung gegen die Freihandelsabkommen. Für Attac-Themen bin ich in koordinierender Funktion in viele Bündnisse gegangen, angefangen von „Wir zahlen nicht für eure Krise“, über Blockupy bis hin zu den großen Demos gegen TTIP und CETA. Und seit einem knappen Jahr bin ich Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis.

Das klingt ziemlich rasant – was hat Dich denn daran gereizt, Dir eine so große Verantwortung aufzuladen?

Ich liebe neue Projekte, da kommt meine Natur so richtig in Wallung. Die Arbeit bei Attac dient der Bildung des politischen Bewusstseins, hat aktivistischen Charakter und verschafft nebenbei immer



Foto: Stephanie Handtmann

neue Erfolgserlebnisse: Das erste Mal überhaupt eine Demo anmelden, das erste Mal eine Demo anmelden mit einer bundesweiten linksradikalen Mobilisierung wie die Gegendemo zum AfD-Partei-tag – das kann schon richtig spannend werden! Es ist doch immer so: Es werden Menschen gebraucht, die konkrete Aufgaben übernehmen. So ein Typ bin ich. Learning by doing und immer versuchen, sein Bestes zu geben und dabei das Herz an der linken Stelle zu haben!

Im Koordinierungskreis bist Du eher ein untypischer Vertreter: Du senkst das Durchschnittsalter beträchtlich, bist Malermeister, kein Politikwissenschaftler oder Beamter in Rente. Fremdelst Du da nicht manchmal?

Nein, ich bewege mich sehr gern in diesem Gremium, weil man mit den Menschen dort gut zusammenarbeiten kann: Sie tragen die meiste Verantwortung und haben viel Überblick. Sie sind in der Lage den großen Bogen zu spannen, das stärkt die Arbeitsfähigkeit und den politischen Output, und außerdem gefällt mir die Atmosphäre dort sehr gut. Attac ist ein vielschichtiges Netzwerk, und die Strukturen sind auf den ersten Blick manchmal verwirrend, manche Aufgabebereiche überschneiden sich, und natürlich menschelt es an vielen Ecken und Enden – aber das kenne ich auch aus anderen politischen Zusammenhängen.

Wenn Du auf den Gipfel zurückschaust, was hat Dich besonders bewegt?

In mir wurde das gesamte emotionale Spektrum ausgelöst: Himmelhochjauchzend, zu Tode betrübt. Großartig war die Solidarität, das durfte ich schon lange nicht mehr erleben. Unter den

DemonstrantInnen gab es gerade in besonders aufwühlenden Situationen einen riesigen Zusammenhalt. Regelrecht aus der Fassung gebracht hat mich die Eskalationsstrategie der Polizei, die häufig in so einem krassen Missverhältnis zu dem tatsächlichen Demonstrationsgeschehen war. Und wie das Versammlungsrecht, ein Pfeiler unsere Demokratie, faktisch außer Kraft gesetzt wurde und sich die Exekutive über die Legislative gestellt hat.

Dass unser Aktions-Dreiklang so gut funktioniert hat, hat mich besonders bewegt: Der Alternativgipfel war zum Bersten voll, mit dem Aktionstag haben wir Sand ins Gipfelgetriebe gestreut, und die Demo für Grenzenlose Solidarität war großartig besucht und ein toller Schlusspunkt der Protestwoche.

Was denkst Du, muss die gesellschaftliche Linke tun, um jenseits der Rituale bei solchen politischen Großevents mit ihren inhaltlichen Anliegen und ihrer berechtigten Kritik an den Zuständen durchzudringen?

Sich nicht in sinnlosen Abgrenzungs- und Gewaltdebatten verzetteln – wenn das als Einziges vom Gipfel bleibt, dann klingt es so, als sei der Protest in Hamburg kein Erfolg gewesen. Dabei war Hamburg in meinen Augen durchaus ein Erfolg für die Bewegungslinke! Wir waren schon lange mit unseren Attac-Themen nicht mehr so gefragt und in den Medien präsent wie vor und während des G20-Gipfels. Aber es ist auch klar geworden, dass wir einen verdammt langen Atem brauchen, um unsere Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft umzusetzen.

Interview: **Stephanie Handtmann**

Unsere Wahl: sofortiger Kohleausstieg

Aktionstage im rheinischen Braunkohlerevier vom 24. bis 29. August 2017



Foto: Paul Lovis Wagner

Zur Zeit wird viel über den Klima-Ignoranten im Weißen Haus geschimpft. Je trumpflicher es in Washington zugeht, desto mehr geriert sich Deutschland als Hüterin des Pariser Klima-Abkommens. Doch heben wir uns bitte die verbalen Tortenwürfe für unsere Seite des Teiches auf. Hierzulande hören wir zwar viel wohlklingende Rhetorik zum Thema Klimaschutz. Auf den ersten Blick wirkt es ja auch ganz beruhigend, wenn der Klimawandel auf Regierungsebene öffentlich als Problem anerkannt wird. Bundeskanzlerin Merkel bekräftigt die Dringlichkeit von Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion, spricht von einer „umfassenden Transformation hin zu einem möglichst nachhaltigen Lebensstil“ und von der gemeinsamen Verantwortung für „Mutter Erde“. Aber zur gleichen Zeit schreddert die neue Koalition aus CDU und FDP in NRW selbst den moderaten Landesklimatechnische Plan der Vorgänger-Regierung und deckelt den Ausbau von erneuerbaren Energien. Mit dieser Landesregierung kann RWE unbesorgt bis Mitte des Jahrhunderts weiter Braunkohle aus dem rheinischen Revier holen.

Im Bundestagswahlkampf spielt Klimaschutz nur eine marginale Rolle, und die Versprechen der Parteien bleiben vage: „Der fortschreitende menschengemachte Klimawandel ist eine dramatische Bedrohung für die Menschheit“, erkennt die SPD in ihrem Positionspapier mit dem Namen „Investieren für Arbeit, Innovation, Klimaschutz und gutes Leben“. In dem achtseitigen Papier geht es um Energieeffizienz und umweltfreundliche Mobilität, ein Fahrplan für einen Ausstieg aus fossilen Energien findet sich dort jedoch nicht. Nur

an einer Stelle ist von der „notwendigen schrittweisen Verringerung der Kohleverstromung“ die Rede, ansonsten wird der Elefant im Raum ignoriert. Und mit Wirtschaftsminister Gabriel hat die Partei in den letzten Jahren erfolgreich die Energiewende ausgebremst. Die Linken auf Bundesebene fordern den Kohleausstieg bis 2035, in Brandenburg jedoch wurde mit Regierungsbeteiligung der Linken der Braunkohleabbau auf Jahrzehnte zementiert.

Die früheste Angabe für den Kohleausstieg findet sich bei den Grünen: 2030. Doch selbst das ist zu spät, wenn wir die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzen wollen. Daher hat sich Attac gemeinsam mit Umweltverbänden in einem Diskussionspapier für einen sozial-verträglichen Kohleausstieg bis 2025 stark gemacht. Wissenschaftliche Grundlage für dieses Ziel ist eine Studie des New Climate Institute, die die energiepolitischen Konsequenzen darlegt, die Regierungen ziehen müssten, wenn sie das Pariser Abkommen wirklich ernst nehmen.

Dieses ehrgeizige, aber dringend notwendige Ziel für einen umgehenden Kohleausstieg wird im September nicht zur Wahl stehen. Es ist nun an uns, massiven öffentlichen Druck aufzubauen und Widerstand zu leisten, damit das simple Gebot Nummer 1 der Energiewende umgesetzt wird: Keep it in the ground – fossile Energien im Boden lassen. Die gute Nachricht: Die außerparlamentarische Klimabewegung wächst. Hunderte von Menschen strömen regelmäßig zum Hambacher Forst, um ihn vor der Abholzung für den Braunkohleabbau zu schützen. Im Juni blockierten



Europäische Sommeruniversität (ESU) in Toulouse/Frankreich vom 23. bis 27. August

Fünf Tage unter der Sonne Südfrankreichs, die es in sich haben: Jeden Tag finden Seminare und Workshops zu den Themen Finanzmärkte, Ökologie, Demokratie, internationale Solidarität, konkrete Alternativen, kreative Aktionen u.v.m. statt. Abends folgen Foren, auf denen renommierte AktivistInnen und ForscherInnen ihre Analysen darlegen und aktuelle Mobilisierungen vorstellen werden. Ebenfalls auf dem Abendprogramm stehen jede Menge kultureller Aktivitäten: Konzerte, Lesungen, Filme sowie Exkursionen zu Orten in und um Toulouse, wo der Puls der Veränderung zu spüren ist.

Jetzt noch schnell anmelden:
www.esu2017.org

300 Menschen den Kohlehafen in Amsterdam, in einer der größten Aktionen zivilen Ungehorsams in den Niederlanden seit Jahrzehnten. Fast gleichzeitig besetzten AktivistInnen Braunkohletagebaue in Tschechien. Im August ruft das Anti-Kohle-Bündnis „Ende Gelände“ – und auch Attac – wieder zu massenhaften Blockaden von Tagebau-Infrastruktur im rheinischen Braunkohlerevier auf. „Ende Gelände“ ist in diesem Jahr Teil von vielfältigen Aktionstagen zwischen dem 24. und 29. August, in die sich ganz unterschiedliche Akteure einbringen. Am 26. August bilden lokale Initiativen und Umweltverbände eine „Rote Linie“ um den Hambacher Forst. Das Jugendnetzwerk für politische Aktionen (JunepA) und das ZUGabe-Netzwerk (Ziviler Ungehorsam, Gewaltfreie Aktion, Bewegung) rufen zur Blockade „Kohle erSETZEN“ auf. Kleingruppen treiben unter dem Motto „Zucker im Tank“ kreativ-autonomen Schabernack. Und damit alle Beteiligten eine Basis haben, auf der sie sich treffen, weiterbilden und erholen können, gibt es dieses Jahr nicht nur ein, sondern gleich drei Klimacamps (18. bis 29. August). Auch eine Degrowth Sommerschule wird es wieder geben (18. bis 23. August). Mit anderen Worten: Es gibt dieses Jahr wirklich keinen Grund, nicht ins Rheinland zu kommen.

Dorothee Häußermann, Attac-AG Energie, Klima, Umwelt

www.klimacamp-im-rheinland.de/aktionen

CETA in den Wahlkampf!

Aktionstag am 9. September 2017



Foto: Jannis Große

Auf Initiative von Attac ruft das Netzwerk Gerechter Welthandel zu einem CETA-Aktionstag auf, um das Thema in die Bundestagswahl zu tragen: Den europaweiten Protesten von Millionen von Menschen zum Trotz werden die Freihandelsabkommen CETA, TTIP, TiSA und Co in aller Heimlichkeit weiterverhandelt. Allen diesen Abkommen ist gemeinsam, dass von den drei Elementen – Mensch, Umwelt und Kapital – stets das Kapital übergeordnet wird, mittels

übernationaler Schiedsgerichte, Beschränkung demokratischer Entscheidungsfreiheit von Parlamenten, neuer internationaler Machtzentren im Rahmen regulatorischer Kooperation, Ratchet-Klauseln etc. Die Rechte von Menschen und der Schutz der Natur werden regelmäßig missachtet.

Auf EU-Ebene ist CETA bereits ratifiziert, doch in den EU-Mitgliedsstaaten kann das Abkommen noch aufgehoben werden. Die nächste große

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

Gelegenheit dazu ist die Wahl zum Bundestag im September. Die Parteien werden versuchen, das Thema zu verschweigen. Wir werden es zur Sprache bringen – überall!

Wir sagen: Gerechte Welthandelspolitik muss Wahlkampfthema sein! Die Positionen der Parteien zu CETA & Co müssen ein Wahlkriterium sein! Speziell CETA kann und muss durch Bundestag und Bundesrat noch gestoppt werden – nutzen wir den Wahlkampf, um die Parteien darauf festzulegen.

Wir sind Teil einer transnationalen, solidarischen Bewegung. Gerade die Länder des globalen Südens werden durch Handelsabkommen erpresst und ausgegrenzt. Weltweit gehen die Menschen für eine soziale und ökologische Regulierung der Globalisierung, für einen gerechten Welthandel auf die Straße. Und wir sind auf einen lange andauernden Widerstand eingestellt.

Am 9. September und um den Tag herum werden in zahlreichen Städten Attac-Gruppen und lokale Bündnisse mit Aktionen, Veranstaltungen und Infoständen für einen gerechten Welthandel auf die Straße gehen – damit dieses zentrale Thema im Wahlkampf nicht unter die Räder kommt.

Seid auch mit dabei!

www.attac.de/ceta-aktionstag

In die nächste Runde

Zur Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit von Attac

Im November vergangenen Jahres fällte das Hessische Finanzgericht in unserem Rechtsstreit mit dem Finanzamt Frankfurt ein fulminantes Urteil: Attac ist gemeinnützig! Das Gericht argumentierte klar im Sinne unserer Klagebegründung und verwarf Stück für Stück jeden einzelnen Vorwurf des Finanzamts. Eine Ohrfeige gegen die Versuche, zivilgesellschaftliches Handeln zu politischen Fragen als gemeinnützigkeitsschädlich zu definieren.

Eine Revision ließ das Gericht nicht zu. Mit diesem Urteil hätte nun endlich ein Schlusspunkt zur jahrelangen Auseinandersetzung zwischen Finanzamt und Attac gesetzt werden können. Jedoch, dann geschah, was niemand für möglich gehalten hatte: Das

Bundesfinanzministerium mischte sich ein und wies das Finanzamt an, beim Bundesfinanzhof (BFH) Beschwerde wegen Nichtzulassung einer Revision einzulegen. Sollte der BFH die Beschwerde zulassen, kommt es zu einem erneuten Verfahren, und für Attac liegen dann weitere Jahre der juristischen Auseinandersetzung vor uns – ohne zwischenzeitliche Zuerkennung der Gemeinnützigkeit, und ohne die Möglichkeit der Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen.

Die Einmischung des Ministeriums unterstreicht deutlich die politische Dimension unserer juristischen Auseinandersetzung. Auch das Finanzministerium scheint politisches Engagement und Gemeinnützigkeit gegenseitig ausschließen

zu wollen – kein gutes Zeichen für die demokratische Gesellschaft, die sich nicht von Parteien vorschreiben lassen will, wie sie zu politischen Themen Stellung nimmt.

Dabei hatte das Hessische Finanzgericht bestätigt: „Die Betätigung gemeinnütziger Organisationen muss dabei auch die politische Ebene tangieren können, ansonsten droht ein faktisches Leerlaufen ihres Engagements innerhalb unserer Zivilgesellschaft.“ Unsere Auseinandersetzung für eine starke Zivilgesellschaft geht nun in eine weitere Runde. Wir bleiben standhaft.

Andreas van Baaijen, Geschäftsführung im Attac-Bundesbüro

Aus dem Attac-Shop

Attac Basistext 49

Friede, Freude, Freihandel

Theorie, Ideologie und Praxis einer fixen Idee

Immer wieder heißt es, dass der Freihandel allen Beteiligten höheres Wachstum und mehr Wohlstand bringe. Doch seine Dominanz hinterlässt weltweit zerstörerische Spuren, denn die Kosten für Menschen und Umwelt werden nicht mit eingerechnet. Zudem schützten gerade die mächtigen Industrieländer – entgegen der eigenen Freihandelsideologie – ihre Märkte so lange mit Zöllen und Subventionen, bis ärmere und schwächere Staaten, von denen die Öffnung der Märkte verlangt wurde, auf den Weltmärkten niederkonkurriert sind.

Die Welthandelsordnung wird einseitig von mächtigen Wirtschaftsinteressen dominiert, von großen Banken, Investmentfonds, transnationalen Konzernen und anderen großen KapitalbesitzerInnen. Neben dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wurde vor allem die Welthandelsorganisation WTO zum zentralen Machtinstrument zur Durchsetzung von Liberalisierung und Deregulierung der Märkte und zur Privatisierung öffentlicher Güter. Diese Politik führt zu gesellschaftlicher Spaltung, vermehrter Umweltzerstörung und zum Verlust demokratischer Gestaltungsspielräume.

Seit dem Scheitern der WTO 2003 im mexikanischen Cancun liegen die Verhandlungen der WTO auf Eis. Seitdem wird vor allem mit bilateralen Handelsverträgen versucht, Freihandel für sämtliche Lebensbereiche durchzusetzen.

Die Autoren hinterfragen die ökonomische Begründung der Freihandelsideologie und entwickeln Argumente für eine neue ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung.

Christian Christen, Thomas Eberhardt-Köster und Roland Süß arbeiten in diversen Attac-Strukturen zum Welthandel und sind engagiert in den Kampagnen TTIP & Co.

96 Seiten, 7 EUR

Bestellungen online unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069-900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.



Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.

Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz. Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,

Veronika Czech, Barbara Fuchs,

Stephanie Handtmann, Achim Heier,

Gabriele Rohmann

V.i.S.d.P.: Stephanie Handtmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
oder per E-Mail an:
info@attac.de

Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN

Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

CETA zum Wahlkampfthema machen!

CETA, das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada, untergräbt Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, ökologische Standards, ArbeitnehmerInnen- und soziale Rechte. Auf EU-Ebene ist CETA bereits ratifiziert, doch in den EU-Mitgliedsstaaten, also auch im Bundestag und Bundesrat, kann es noch gestoppt werden. Deshalb machen wir jetzt Druck!

Denn TTIP, CETA und TiSA sind lediglich Symptome einer falschen Wirtschafts- und Handelspolitik. Wir brauchen weder diese Abkommen, noch diese Politik, sondern ein ganz anderes, ein soziales und ökologisches Wirtschaften. Doch die EU-Kommission und die Regierungen machen unbeirrt weiter wie bisher, hinter verschlossenen Türen werden über 20 weitere Freihandelsabkommen vorangetrieben. Ihre Wirtschafts- und Handelspolitik arbeitet für die Kapitalinteressen

großer Konzerne, aber gegen die Interessen der Bevölkerung. Das ist eine Politik, die auch rechte und rückwärtsgewandte Strömungen nährt.

Deshalb muss CETA auch ein Thema im Wahlkampf sein: Wir fordern ein deutliches Nein zu CETA! Am 9. September werden wir in einem breiten Bündnis mit einem bundesweiten CETA-Aktionstag die Gelegenheit nutzen, die Forderung nach einem CETA-Stopp deutlich in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Lasst uns gemeinsam den CETA-Aktionstag zu einem Erfolg machen – Deine Spende hilft uns dabei!

Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden kannst Du uns ganz unkompliziert unterstützen. Herzlichen Dank!



Hinweis

Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; das Finanzamt Frankfurt entzog Attac die Gemeinnützigkeit im April 2014. Im November 2016 hat das Hessische Finanzgericht das Vorgehen des Finanzamts für rechtswidrig erklärt und die Gemeinnützigkeit von Attac bestätigt. Gegen dieses Urteil hat das Finanzamt – auf Weisung des Bundesfinanzministeriums – Beschwerde beim BFH eingelegt. Nun müssen wir abwarten, ob der BFH die Beschwerde zulässt. Erst wenn Attac rechtskräftig wieder gemeinnützig ist, können wir wieder Spendenbescheinigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter
www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1703

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE